

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 24. Oktober 2018

§ 47

Interpellation SP-Fraktion „Unternehmenssteuerreformen/Steuervorlage 17: Transparenz zur USR II mit dem billionenschweren Kapitaleinlageprinzip“

(Bericht Regierungsrat, 19.6.2018)

Thomas Kistler, Niederurnen, Unterzeichner, dankt namens der SP-Fraktion für die Beantwortung der Interpellation. – Leider muss der Kanton zugeben, dass viele Informationen und Zahlen zu den gestellten Fragen gar nicht verfügbar sind. Zugegeben, es handelt sich um eine komplizierte Geschichte. Es wurden schon viele Dinge erzählt. Nur ungern erinnert man sich an die Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform (USR) II. Damals unterbreitete Bundesrat Hans Rudolf Merz dem Volk eine Schätzung zu den mit dem neuen Kapitaleinlageprinzip verbundenen Steuerausfällen. Die effektiven Zahlen, die heute bekannt sind, fallen etwa tausendmal höher aus. Das Kapitaleinlageprinzip hatte eine ganz andere Wirkung, als man gemeint hat. Das zeigt, wie wichtig es ist, im Voraus die richtigen Informationen zur Verfügung zu haben. – Heute gibt man immerhin zu, dass man zu wenig Informationen hat. Trotzdem wird man bei der nächsten Steuervorlage wieder schöne Zahlen präsentieren und dem Volk weismachen, man müsse dieser unbedingt zustimmen. Sonst würden die armen Unternehmer mit ihrem Steuersubstrat abwandern. Das prophezeite man schon bei der USR II. – Die SP-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass die Steuern von Unternehmen und Unternehmen immer tiefer werden. Die Gewinnsteuern der Unternehmen werden immer weiter gesenkt. Bald sind sie bei null – offenbar wegen dem internationalen Steuerwettbewerb. Man wird aber im Zusammenhang mit der Dividendenbesteuerung auch die Aktionäre schonen – wegen angeblicher Doppelbesteuerung. Dies unabhängig davon, dass die Gewinnsteuern bald bei null liegen. Spätestens dann sind die Vorteile der Dividendenbesteuerung wieder zu korrigieren. Und eben – beim Kapitaleinlageprinzip hat man auf die Erhebung von Steuern verzichtet. – Darum ist die SP-Fraktion auf der Hut, wenn das nächste Mal die Folgen aufgezeigt werden. Vielleicht sind sie wieder ganz anders. – Die SP-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass am Ende nicht nur noch die Arbeiter, Angestellte und Konsumenten Steuern bezahlen. Auch die Kapitalbesitzer und Unternehmen müssen Steuern bezahlen.